

Dresdner Nachrichten

Zeitschrift für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Verleger: K. S. Neumann, Neudammstr. 12. Preis: 1 Sgr. 6 Pf. pro Quartal. Druck: K. S. Neumann, Neudammstr. 12.

Die Redaktion ist an den Tagen der Ausgabe von 10 bis 12 Uhr in der Redaktion zu sprechen. Die Anzeigen sind bis 10 Uhr in der Redaktion zu bringen.

Druck und Eigentum der Herausgeber: Klopff & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt. Nr. 93. Ahtzehnter Jahrgang. Dresden, Donnerstag, 3. April 1873.

Vollständiges.

Die Frage, wohin das künftige Parlamentsgebäude des deutschen Reiches zu stehen kommen solle, ist endlich entschieden. Die aus Bundesrath und Reichstagsmitgliedern bestehende Commission hat sich gegen 1 Stimme für das Areal entschieden, auf dem jetzt das berühmte Kroll'sche Etablissement steht. Der Platz allein wird 2,541,000 Thlr. kosten. Das deutsche Reich soll nämlich dem jetzigen Pächter dieses Etablissements, Engel, als Pächter des Platzes und der jetzigen Baulichkeiten, 500,000 Thlr. Entschädigung zahlen, 1,981,810 Thlr. soll der preussische Domainenfiskus für den ihm gehörigen Grund und Boden erhalten und endlich soll das Personal des Restaurateurs Engel — 60,000 Thlr. als Entschädigung für bestehende Contracte erhalten. Diese Apothekerrechnung erscheint jedoch noch gar nicht als sehr gefalzen gegenüber den noch viel höher in die Millionen laufenden Entschädigungen, die für andere Plätze hätten bezahlt werden müssen.

Zu dem Münzgesetze liegen bereits mehrere Anträge vor. Zunächst verlangt Dr. Mohl aus Stuttgart die Ausprägung von 2-Markstücken im Gegenfuge zu den 1 1/2-Markstücken, welche der Bundesrath beantragt hat. Die letzteren wünscht eine Eingabe von Elässer Handelshäusern von Gold, nicht von Silber geprägt zu sehen. Sodann beantragt Braun-Hersfeld eine Bestimmung, daß von dem Tage an, zu welchem das Münzgesetz in Kraft tritt, Staatslaffenscheine für einzelne Bundesstaaten nicht mehr als Zahlungsmittel verwendet werden dürfen. Bis dahin soll die Einziehung der jetzt kursirenden Staatslaffenscheine von den Einzelstaaten bewirkt werden. Hierzu haben wir eine Bemerkung zu machen. Die Beschränkung des Umlaufes des Papiergeldes wird Jedermann als gerechtfertigt finden, der es weiß, daß an Staats- und Privatpapiergeld in Deutschland nicht weniger als 400 Millionen Thaler kursiren. Warum aber macht man nicht den notwendigen Anfang bei den Noten der kleinen Privatbanken, welche eine schlechte Metallbedeckung haben? Warum wendet man sich zunächst gegen das Staatspapiergeld, das doch bombastischer ist? Die Antwort giebt eine Beobachtung der Persönlichkeiten, die sich jetzt im Reichstage vorzugsweise in den Vordergrund der Münzdebatte stellen. Da ist namentlich Abg. Bamberger, von dem man vermuthen könnte, daß er weniger Vertreter des deutschen Volkes oder der Stadt Mainz, sondern der Interessen der Geldaristokratie sei. Die Berliner Volkszeitung erwirbt sich das große Verdienst, lasterhaftlich gegen das Gebahren aufzutreten, das sich bei diesem Münzgesetze breit macht.

Dieses Blatt erörtert zunächst den Fehler der Münzvorlage der Regierung, daß sie dem Großhandel eine Goldmünze schafft, die ihm vortheilhaft ist und die man ihm als unentbehrlich wohl zu gönnen hat, daß sie aber dem Kleinverkehr des Volkes eine neue Silbermünze darbietet, die um 10 Procent schlechter ist als die bisherige. Wenn das Reich 30 jetzige Thaler einschmilt, in denen 1 Pfund reines Silber steckt, so hätte das Reich eigentlich 30 Markstücke wieder ausprägen; der Bundesrath schlägt aber vor, es solle 100 prägen, die Reichsclasse steckt dann die Differenz von 10 Mark ein. Ein solches Profitmachen geht doch eigentlich über die Grenzen des Erlaubten hinaus. Doch kann man dem Reiche nicht üble Absichten vorwerfen, denn es hat bei dem Umprägen der alten Münzen in neue beträchtliche Unkosten, nicht bloß durch die Prägung selbst, sondern namentlich durch die Einziehung der Klein-Münzstücke. Die alle kennen die preussischen Silbergroßchen, die ob ihres Inhalts schamroth geworden sind und die süddeutschen Sechser- und Dreikreuzer sind meist so bleichartig abgegriffen und unterwerthig geworden, daß das Reich an ihrer Einziehung zum vollen Werthe einen guten Theil der Procente wieder zusetzt, die es an der künftigen schlechteren Ausprägung sich wieder macht. Aber dieses vom Reiche wenigstens in guter Absicht unternommene Umprägungsgeschäft genügt den Goldhaiseln vom Schlage Bambergers nicht. Sie verlangen ungutsum die möglichst rasche Einziehung auch der guten, großen Silbermünzen, die man „grobe Münzen“ schimpft, damit sie eingeschmolzen und als Silberbarren verkauft werden. Von dem Erlöse soll Gold gekauft werden. Woher die ungeheure Eile, dem Volke die großen, guten Silbermünzen aus der Tasche zu ziehen und ihm dafür um 10 Procent verschlechterte zu geben? Bamberger hat's verrathen: die großen Geldinstitute Deutschlands würden mit größtem Vergnügen, sagt er, bereit sein, das Geschäft zu machen, und das Silber zu verschlechtern und für das nicht zur Ausmünzung erforderliche Silber Gold zu schaffen. Wir erwarten von unseren Abgeordneten, daß sie diese Pläne zu Schanden machen.

Der Streit der preussischen Geistlichen, das Geburtsfest ihres Königs nicht zu feiern, hat sich nicht bloß auf Pommern, sondern auch auf Preußen erstreckt.

In Oesterreich bereitet man sich auf den demnächstigen Zusammentritt der Delegationen vor. Einstweilen hat der Reichsrath scharfe strafpolizeiliche Bestimmungen gegen die Arbeitsscheuen und Landstreicher angenommen, die ein verweigertes Amosien nicht selten mit der Drohung beantworten, dem Verwahrloseten den rothen Hahn auf's Dach zu setzen.

Herr Thiers erhielt vom Kaiser von Oesterreich die Einladung, der Eröffnung der Wiener Weltausstellung beizuwohnen; der Präsident der Republik lehnte dankend ab, versprach jedoch sich durch den Handelsminister vertreten zu lassen. Der Gemeinderath von Nivefantes votirte einen Tadel für die Oesterreicher, welche die Emse, die neulich dort stattfand, unterdrückt hat, die Regierung antwortete durch Decorirung von Gendarmen und Auflösung des Gemeinderathes. Der spanische Vice-Consul in Paris wurde mit Hintertlassung eines bedeutenden Deficits flüchtig; beschädigt wurden namentlich verschiedene in Paris lebende spanische Familien.

Im dänischen Volksting ist die von der vereinigten Linken eingebrachte Mißtrauensadresse gegen die Regierung mit 55 gegen 34 Stimmen angenommen worden; doch bezweifelt man, ob die Regierung sich dieses Votum so zu Herzen nimmt, daß sie abtritt.

Vocales und Sächsisches.

Die Frau Herzogin von Genua ist gestern Nachmittag nach Turin abgereist.

Der Appellationsrath Dr. Aster in Dresden hat das Ritterkreuz des Verdienstordens, der erste Rath beim Appellationsgericht in Jwidau, Coih, den Charakter eines Vicepräsidenten erhalten.

Der Appellationsrath Samm zu Bauhen ist zum Ober-Appellationsgerichtsrath, der Gerichtsrath Mettler in Leipzig und die Hilfsarbeiter bei den Appellationsgerichten in Jwidau und Leipzig, Hüttner und Dr. Friesleben, sind zu Appellationsrathen bei den Appellationsgerichten in Dresden, Jwidau und Leipzig ernannt, die Gerichtsräthe Just aus Jwidau und Reiffe aus Dresden mit gleichem Range und Titel als etatsmäßige Hilfsarbeiter bei den Appellationsgerichten in Jwidau und Leipzig; befördert der Assessor Hörbrath aus Jwidau als Gerichtsrath nach Leipzig; dem Leipziger Assessor v. Fromberg wurde der Charakter eines Gerichtsraths beigelegt.

In der Armee hat eine Anzahl Beförderungen und Versetzungen stattgefunden.

Der Ingenieur-Secondelieutenant Schneider vom Bionnier-Bataillon Nr. 12 hat das Ritterkreuz des Königl. Schwedischen Gustav-Adolf-Ordens erhalten.

Der Reichstagscommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen des Posttarifgesetzes, ist erschienen. Die Commission beantragt im Wesentlichen Annahme der Vorlage; doch wird vorgeschlagen, den Portozuschlag auf sogenanntes sperriges Gut nur facultativ hinzustellen und die Entfernung, bis zu welcher von Briefen mit Werthangabe ein Porto von 2 Ngr. erhoben wird, auf 20 Meilen festzusetzen, anstatt auf 10, wie die Vorlage will. Die Minimalversicherungsgeld für Werthsendungen, welche in der Vorlage ganz allgemein auf 1 Ngr. festgesetzt wird, soll nach dem Vorschlage der Commission nur bei Entfernungen über 20 Meilen 1/2 Ngr. betragen. Zum Schluß empfiehlt die Commission dem Reichstage, die Ueberzeugung auszusprechen, daß es zur Ergänzung des Gesetzes über das Posttarifwesen gleichzeitiger Reform des Postanwärtungsverkehrs in der Richtung bedarf, daß das Porto für Sendungen bis auf Höhe von 15 oder 20 Thlr. 1 Sgr., bis auf 50 Thlr. 2 Sgr. beträgt.

Schon längst ist von der General-Postdirection ins Auge gefaßt worden, ob es nicht rathsam sei, das Zeitungswesen ganz von den übrigen Postfächern zu trennen. Es wird in diesem Sinne jetzt zunächst bei sämtlichen kaiserlichen Postämtern eine Zusammenstellung der Kosten an Gehalt, Bureauaufwänden (Beleuchtung, Heizung, Miete, Bindfaden, Packpapier, Klebstoff etc.) besorgt, nach deren Ergebnis die Organisation des neuen Verfahrens eingerichtet werden soll.

Aus Anlaß des bevorstehenden 100jährigen Geburtstages Ludwig Tied's (31. Mai) sollte nach einem Vorschlage unseres Oberbürgermeisters am Baumann u. Sendig'schen Hause am Altmarkt ein Relief-Medaillon oder eine Inschriften-Tafel auf Kosten des Verschönerungsfonds der Dr. Günig'schen Stiftung und zur Erinnerung daran, daß Tied in diesem Hause gewohnt und seine berühmten Vorlesungen gehalten, angebracht werden. Der Rath hat im Plenum diesem Vorschlag beigegeben und wird nun eine entsprechende Tafel vielleicht mit Medaillon errichtet werden.

Wir sind um Mittheilung der folgenden Zeilen ersucht: Wenn die Dampfplugs-Angelegenheit das Interesse Ihrer Herren Correspondenten in Anspruch nahm, so bedauern wir doch außerordentlich, daß Ihre gestrigen Zeilen als in meinem Namen Aufnahme fanden. Gestatten Sie mir hinfort nur persönlich das zu berichten, was sachlich Interessantes zu sagen sein mag. Der Pflug ist heute nach der Lausitz abgefahren und wird hoffentlich dort in dauernder Arbeit erweisen, daß es der Reclame in überhöbener Manier nicht bedarf. C. Pieper.

Gestern in den Morgenstunden bewegte sich die Straßen-

locomotive des Herrn Ingen. Pieper unter seiner Leitung über die Marienbrücke und erregte natürlich mit ihrem Anhang von allem möglichen Ackergeräthe großes Staunen bei den Passanten. Freilich macht die Maschine nicht geringen Lärm — es ist dies eben nicht zu vermeiden, aber auffallend war wieder mit welcher Leichtigkeit sie sich lenken und bewegen läßt, da sie sich mit großer Sicherheit durch den namentlich an der Leipziger Straße sehr starken Wagenverkehr hindurch wand. Im Augenblick wird sie zum Stehen gebracht, was wir ausführen sahen um zwei scheinende Pferde zu beruhigen. Voraus schritt ein Gensdarm und hinterher natürlich Neu- und Bißbegierige.

Die Neustadt übt jetzt ziemlich starke Anziehungskraft auf unsere Staatsminister aus. Nachdem sich der Minister des Innern, v. Rostig-Ballwin, neben dem Japanischen Palais ein reizendes Familienhaus eingerichtet, bezieht jetzt der Finanzminister v. Friesen eine Etage des Schmidt'schen Hauses auf der Baugnerstraße neben dem Albert-Theater.

In dem (abgelehnten) Gesuche Debel's an das Justizministerium um Freilassung erkennt derselbe an, daß der Reichstag nach dem Wortlaute der Verfassung sein Besuch um Freilassung nicht anders als ablehnen konnte.

Zur Verbüßung von Freiheitsstrafen sitzen in Sachsen jetzt 9 Socialdemokraten wegen verschiedener politischer Verbrechen und Vergehen: Liebknecht, Debel, Dahnner, Diebe und Geilhof in Hubertusburg, Seifert und Jank in Leipzig, Most und Dittrich in Jwidau.

Die hiesigen Rieme-, Sattler- und Täschner-Gehilfen streifen nun zum Theil auch. Es ist ihre Differenz mit den Arbeitgeber schon seit über 14 Tagen im Gange und ihre Forderung, die sie in einer Zuschrift an die Arbeitgeber in 6000 Worten ausgesprochen haben, besteht im Wesentlichen etwa darin, daß bei einer Erhöhung des Arbeitslohnes um 25%, die Normalarbeitszeit auf täglich 10 Stunden gesetzt und für die Ueberstunden eine Vergütung von 50% gewährt werde. Die hiesigen Arbeitgeber traten in Folge dessen wiederholt zur Berathung zusammen und gaben ihre Erklärung einstimmig dahin ab, daß eine Arbeitszeit von 7—12 Uhr und 1—7 Uhr incl. 1/2 Stunde Frühstück und 1/2 Stunde Vesperzeit genehmigt werden könne, von einer durchgängigen Erhöhung von 25% abgesehen werden müsse, aber eine bedeutende Erhöhung des Lohnes je nach Befähigung des Arbeiters zugesichert werden solle. Die Gehilfen blieben dagegen bei ihren ursprünglichen Forderungen in allen Theilen stehen und eine Anzahl derselben streift nun. Hoffentlich werden die fortgesetzten Verhandlungen die Angelegenheit noch zur beiderseitigen Zufriedenheit beilegen. Auf alle Fälle wird aber dem Publikum auch in diesen Monaten eine Preissteigerung nicht erspart bleiben.

Soviel wir hören, herrscht in unserer sächsischen Tuch- und Buckst.-Branche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ganz erträgliches Einvernehmen, und die oft aus reinem Uebermuthe entströmenden Ansprüche auf noch höheren Lohn schweigen momentan. Anders sieht es schon seit längerer Zeit in Bräun aus; dort herrscht in den genannten Branchen bedeutende Arbeitslosigkeit. Gegen 7000 Arbeiter sollen brotlos sein und Comitees, die sich zur Vinerkung der Noth gebildet und, wie wir lesen, ganz trefflich organisiert sind, bemühen sich zwar, den Arbeitern das Nöthigste zu reichen, können aber doch nicht überall und nicht vollständig den mangelnden Verdienst ersetzen. Die Betrachtung solcher traurigen Verhältnisse könnte die in ruhiger und lohnender Thätigkeit befindlichen Arbeiter wohl vor dem so arg um sich greifenden Streifen bewahren.

Bekanntlich ist das seit 14. März 1865 bestehende Bauverbot hinsichtlich des links der Birnaischen Chaussee vor dem Schlage gelegenen Terrains zu Ende vorigen Jahres aufgehoben und das ganze große Areal, welches zwischen der Birnaischen Straße, der Brunner Straße und andererseits zwischen der Albrechtsgasse und Glasstraße liegt, der Privatbebauung freigegeben worden. Es ist nunmehr ein Regulativ entworfen worden, aus welchem wir nur hervorheben, daß die Bebauungsweise sich entweder im edlen Villenstyle oder doch im Charakter eleganten und geschmackvoller Gartenhäuser zu halten hat, daß Vorfrage genommen ist, für die trotz der Bebauung zu erhaltenden Promenaden-Anlagen längs der Birnaischen Straße hin, und daß in die neuen Häuser Souverain-Wohnungen — mit Ausnahme je einer für den Hausmann — nicht gebaut werden dürfen. Nach langer und eingehender Prüfung und Berathung hat der Rath beschlossen, ein local-statutarisches Verbot dahin lautend zu lassen, daß die Wilddruffer Vorstadt die dichtbevölkertste unserer Stadt sei, die Neuanlage von Weißgerbereien und bez. die wesentliche Veränderung und Vergrößerung derselben in der Wilddruffer Vorstadt von jetzt an nicht mehr zulässig sein soll.

Ein kurzer Küchenbienst mit recht angenehmem Schluß ging am 1. d. R. in einer Villa der hiesigen Parkstraße in Scene. Die neue Köchin war erst etwa eine Stunde im Dienst einer dort wohnhaften Herrschaft, als bei dieser letzteren ein n' n gekleideter Herr erscheint, welcher mit der neuen Köchin unter g' nauer Bezeichnung des Namens zu sprechen wünscht. Man weist ihn hinab in das Erdgesch., allwo sich das Bureau für